

Entwurf des Strategieplans 2023

In diesem Jahr werden wir versuchen, den Sommerkurs über Menschenrechte und menschliche Sicherheit für die Haager Hochschule für angewandte Wissenschaften wieder einzuführen. Nach drei Jahren, in denen der Sommerkurs aufgrund von COVID und anderen Gründen innerhalb der Haager Hochschule nicht stattgefunden hat, hoffen wir, die Tradition der erfolgreichen Sommerkurse der vorigen sechs Jahre wieder fortzusetzen. Der Projektleiter ist Ilia Barboutev.

Das zweite Projekt in diesem Jahr wird die Fortsetzung des kleinen Flüchtlingsprojekts in Nideggen sein. Ziel ist es, drei Familien aus dem Nahen Osten, die Schwierigkeiten haben um sich in die deutsche Gesellschaft zu integrieren, mit Rat und Tat zu unterstützen. Die Unterstützung dieser Familien soll einen besseren Einblick in das deutsche Asyl- und Integrationssystem geben. Projektleiter ist Joris Voorhoeve.

Das dritte Projekt im Jahr 2023 ist eine Studie über die soziale und militärische Wehrpflicht in mehreren Ländern, um daraus Lehren für die Niederlande und Deutschland zu ziehen. Die untersuchten Länder sind Finnland, Schweden, Litauen, Israel und Singapur. Projektleiter ist Pablo Mathis.

Das vierten Projekt ist ein neuer Vorschlag: Maßnahmen und Normen für internationale Solidarität. Zwischen Staatengruppen gibt es ständige Diskussionen darüber, wie viel jeder Staat zu gemeinsamen Zielen beitragen sollte. Seit den 1960er Jahren haben die Vereinten Nationen eine Norm für die Entwicklungszusammenarbeit hochentwickelter Staaten mit Entwicklungsländern mit großer armer Bevölkerung. Die Norm liegt bei 0,7% des Nationaleinkommens. Daran haben sich eine Reihe von Mitgliedsstaaten der OECD und der Europäischen Union in den 1970er bis Anfang der 1990er Jahre orientiert. Im Durchschnitt erreichen die OECD-Staaten aber weniger als die Hälfte dieser Norm.

Eine zweite Solidaritätsnorm gilt für den Bereich der Verteidigung. Die NATO hat eine Norm von 2% des Nationaleinkommens für die gemeinsame Verteidigung festgelegt. Die größeren Mitgliedsstaaten geben mehr aus, aber die meisten kleineren Mitgliedsstaaten und Deutschland geben viel weniger aus. Aufgrund des russischen Krieges gegen die Ukraine wurde die Norm verschärft, und Länder wie die Niederlande und Deutschland bemühen sich nun, diese Norm so schnell wie möglich umzusetzen.

Ein dritter Bereich, in dem Solidarität zwischen den Staaten erwünscht ist, ist die internationale Finanzierung vom Umweltverbesserung. Auf der UN-Konferenz in Rio de Janeiro in den 1990er Jahren wurde ein Ziel von 1% des Nationaleinkommens festgelegt. Diese Norm hat ihre Bedeutung verloren, da die tatsächlichen Kosten viel höher sein werden. Eine wichtigere Umweltnorm ist, dass die Länder Maßnahmen ergreifen sollten, die den Carbondioxydausstoß so weit senken, dass der durchschnittliche globale Temperaturanstieg auf eineinhalb Grad Celsius begrenzt wird. Diese Norm wird politisch weitgehend unterstützt, aber sie wird nicht erreicht.

Ein weiterer Bereich, in dem Normen nützlich sein könnten, ist die Einwanderung von Flüchtlingen in gut geordnete, hoch entwickelte Länder. Gegenwärtig gibt es weltweit mehr als 100 Millionen Flüchtlinge, von denen die meisten in großer Armut und Unsicherheit leben müssen. In Nordamerika und Westeuropa findet eine ständige Debatte statt zwischen denen, die Flüchtlinge fernhalten wollen, und denen, die sie aufnehmen und in ihre Gesellschaft integrieren wollen. Die Frage lautet: Wie hoch ist die Aufnahmekapazität geordneter Gesellschaften, um Menschen aus sehr unterschiedlichen Kulturen und Sprachen zu integrieren? Das hängt natürlich vom politischen Willen und den Ressourcen ab. Einige Länder nehmen viele Menschen auf, andere fast keine. Die Länder, die im Verhältnis zu ihrer Bevölkerungszahl viele Personen aufnehmen, sind die Türkei, der Libanon, Deutschland und Schweden. Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Union versuchen, ein System zu

finden, das eine größere Solidarität und bessere Versorgung aufweist. Einerseits müssen die Länder am Mittelmeer viele Flüchtlinge aufnehmen, aber viele Länder im Osten und Norden der Europäischen Union sind zurückhaltend. Das bevorzugte Ziel vieler Flüchtlinge ist Nordeuropa. Es könnte sinnvoll sein, diesbezüglich Normen zu entwickeln, da das Ausmaß, in dem Länder Flüchtlinge aufnehmen können, subjektiv ist. Es hängt von den Ansichten der Bevölkerung, der Art der Flüchtlinge und dem politischen System ab. Auf der einen Seite stellt sich die Frage, wie viele man aufnehmen kann, ohne den Zusammenhalt der Gesellschaft zu gefährden, und auf der anderen Seite bedeutet die Ablehnung von politischen Flüchtlingen und Überlebensflüchtlingen, dass diese Menschen nicht in den Genuss der grundlegenden Menschenrechte und nicht einmal des Rechts auf Überleben kommen. Das Ziel dieser Studie, die im August 2023 beginnen wird, ist es, die zuvor genannten Normen und ihre Auswirkungen kurz zu untersuchen und daraus die Brauchbarkeit von Normen zur Aufnahme und Integration von Flüchtlingen abzuleiten. Der Projektleiter ist Joris Voorhoeve mit der Unterstützung von Pablo Mathis.